

Bezugspreis:
Jahrespreis 60.— M., monatlich 5.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 20.— M., einsch. Post-
gebühren. Unter Fernband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 54.— M., für
das übrige Ausland 72.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die Jahrgangspostreklamensätze
betragen 1.— M. „Kleine Anzeigen“
des jetzigen Monats 4.— M. (täglich
zwei mal gedruckt), jeden
weiteren Monat 1.50 M. Stellungs-
und Schloßanzeigen haben eine
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort
1.— M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Wohnanzeigen 2.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeld.

Ergebnisse für die nächste Nummer
müssen bis 4/1 Uhr nachmittags im
Bauhofgeschäft Berlin SW 65, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluß
um 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Verantwortl. Redakteur:
Sozialdemokrat Berlin

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Wortplan 15195-97
Expedition Wortplan 11753-51

Mittwoch, den 4. Januar 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inter-
nationaler Abteilung Wortplan 11753-54

Mißstimmung gegen Frankreich.

Paris, 4. Januar. (WZ.) Nach einer im „Zeit Parisien“
wiedergegebenen Meldung aus Washington ist im amerika-
nischen Repräsentantenhaus eine Resolution eingebracht
worden, die beantragt, daß Frankreich verpflichtet werden soll,
mit der Zahlung der von ihm während des Krieges in Amerika
aufgenommenen Schulden zu beginnen. In der Begründung
dieses Antrages wird gesagt, daß Frankreich auf diese Weise für
keine Haftung in der Frage der Rüstungen bestraft werden solle.

Washington, 4. Januar. (WZ.) Der Abgeordnete Reavis hat
gestern im Repräsentantenhaus erklärt, daß die Vereinigten Staaten
völliges Verständnis für die Notlage Europas hätten, und
daß sie bereit wären, die Schulden Europas zu vermindern,
wenn sich die Notwendigkeit dafür tatsächlich einstellen würde. Aber
einem Frankreich gegenüber, das trotz allen Bittens der
Welt unerschütterlich bei seiner Absicht bleibt, die Zahl seiner Unter-
schulden, die durch den Weltkrieg entstanden sind, zu vermindern,
ist es an der Zeit, die Tränen des Mitleids auszuwischen,
die unsere Augen verdunkeln, und der Rache gerade ins Gesicht zu
schauen. Der Abgeordnete erklärte weiter, daß Frankreich eine große
Armee besitze, wie sie Deutschland nicht vor dem Krieg hatte, und
daß es diese nicht nur reduzieren will, sondern völlige Handlungs-
freiheit verlangt, um sie noch zu vergrößern. Das französische
Flottenprogramm sieht Ausgaben von vielen hundert Millionen
Dollar vor. Meine Nation, die mit finanziellen Schwierigkeiten
zu kämpfen hat, könne nicht an ein solches Rüstungsprogramm
denken. Das amerikanische Volk ist der Meinung, daß solche
Rüstungen nur dazu dienen, den Krieg heranzuführen, und daß
man mit Recht fordere, daß Frankreich seine Rüstungen mit franzö-
sischem und nicht amerikanischem Gelde bezahle.

Amerika und die Wirtschaftslage Europas.

London, 4. Januar. (WZ.) Reuter meldet aus Washington,
Präsident Harding und das amerikanische Kabinett ver-
brachten zwei Stunden mit der Erörterung der europäischen
Wirtschaftslage. Amlich wird mitgeteilt, daß keinerlei Be-
schluß bezüglich der amerikanischen Politik in der Frage der Teil-
nahme an einer europäischen Konferenz gefaßt wurde. Bisher sei
von Seiten der europäischen Mächte kein offizieller oder halb-offizieller
Vorschlag für eine Beteiligung an Präsident Harding gelangt.

„Unbehagen und Niedergeschlagenheit.“

London, 4. Januar. Der „Times“ wird aus Paris berichtet,
es herrsche dort am Vorabend der Abreise Briand's nach Cannes
ausgesprochenes Unbehagen und Niedergeschlagenheit. Niemand
scheine zu wissen, was eigentlich in Cannes geschehen
solle. Jedermann frage sich ernstlich, womit Lloyd George auf der
Konferenz Briand überraschen werde.

In einem Leitartikel der „Times“ heißt es, die Aussichten für
Cannes seien nicht sehr hoffnungsvoll. Ein Programm
sei nicht festgesetzt und der Gedanke des Aufbaus ganz Osteuropas
einschließlich Rußlands durch ein internationales Konsortium scheine
noch nicht so weit geführt zu sein, daß er der Kritik der Geschäfts-
welt standhalten könne. Der Versuch, Deutschland in den Plan
einzubeziehen, unter der Bedingung, daß es die Hälfte seines
Gewinnes als Reparationen bezahle, sei ein wirkungs-
loser Ausgleich zwischen zwei einander entgegengesetzten An-
sichten. Vielleicht stecken hinter dem Plane Zwecke, von denen man
nichts wisse. Der Oberste Rat könne während der kurzen Dauer der
Sitzung in Cannes nicht die Grundzüge für eine neue Ära schaffen.
Er könne nur dringende Probleme des Augenblicks
behandeln und nützliche Vorschläge in der Reparationsfrage machen,
denen die Mächte zustimmen könnten, und wenn die Konferenz
gefunden habe, das Reparationsverlangen werde kaum ohne Schaden
für den britischen Handel sein, so müßte es bestimmt möglich sein,
die französischen und die britischen Ansprüche mit größerem Erfolge
als bisher miteinander zu vereinen.

Eine englische Stimme.

London, 4. Januar. (WZ.) Im „Daily Chronicle“
erörtert der sehr gut unterrichtete Politiker („Politician“) in der
frühere Privatsekretär von Lloyd George, Sir Philip Kerr, der zwar diese amtliche Stellung nicht mehr be-
kleidet, jedoch, wie die gutinformierte Pariser Zeitschrift „Europe
nouvelle“ in ihrer jüngsten Nummer versichert, weiterhin
enge Beziehungen zum englischen Ministerpräsidenten
unterhält. Kerr, d. „Vorwärts“) die Frage der Aufrecht-
erhaltung der englisch-französischen Entente und schreibt: Die Tat-
sache, daß die alte französisch-englische Entente heute
keine feste Grundlage habe, bedeute keineswegs, daß nicht
morgen eine feste Grundlage gefunden werden könne. Die augen-
blicklichen Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frank-
reich betreffen zwei fundamentale Fragen.

Die Reparations- und die Rüstungsfrage.

Die russischen und die türkischen Fragen seien im Vergleich dazu von
untergeordneter Art. Der Standpunkt Frankreichs sei, Deutsch-
land müsse bezahlen, und wenn es dabei zugrunde gehe, der englische
Standpunkt dagegen sei, eine endgültige Regelung der Reparations-

frage auf praktischer Grundlage führe zum Wiederaufbau des euro-
päischen Handels, was für den Bestand Englands wesentlich sei.
Dafür werde England selbst bereit sein, seine Forderungen an
Deutschland zu streichen. In der Rüstungsfrage seien die
Franzosen der Ansicht, Europa werde stets der Schauplatz bleiben,
wo unter dem System von Bündnissen, Rüstungen und des Gleich-
gewichts der Mächte von Zeit zu Zeit Kriege geführt würden. Nur
dieser Länder würden nach der Ansicht der Franzosen bestehen
bleiben und ihre Macht erhalten, die auf ein wohlgeordnetes
Heer vertrauen. England dagegen sei der Ansicht, es drehe
sich nicht allein um keinerlei kriegerische Gewalt von Seiten Deutsch-
lands im gegenwärtigen Augenblick, sondern es bestehe sogar die
wirkliche Hoffnung, daß der Friede und

die Sicherheit Europas auf eine andere Grundlage gestellt
werden könnten als auf die militärische Vorherrschaft einer einzigen
Macht oder auf ein allgemeines Wehrsystem. Politikus ist der An-
sicht, es würde sich für England lohnen, Frankreich und
Belgien ein Vorkredit an den Reparationen zu geben und die
Neutralität der Rheinlande zu garantieren, wenn es im
Auslausch möglich sein würde, eine dauernde Regelung sowohl der
Reparationsfrage als auch der Abrüstungsfrage in Europa zustande
zu bringen. Die Schwierigkeit von Cannes liegt nicht bei den
politischen Führern, sondern bei der öffentlichen Meinung.

Neue Kombinationen.

Paris, 4. Januar. (WZ.) Nach dem „Matin“ haben die
ursprünglichen Pläne Lloyd Georges eine starke Einschränkung er-
fahren durch die Tatsache, daß Amerika von Anfang an keine
Teilnahme gezeigt hat, an den Projekten zur Wiederauf-
richtung Europas teilzunehmen. Das sei einer der Hauptgründe
gewesen, weshalb Lloyd George bei seiner Zusammenkunft mit Briand
seinen Plan zur Neuregelung der Reparationsfrage zurückgehalten
habe, denn die darin enthaltenen Konzeptionen Englands seien un-
durchführbar, solange nicht auch Amerika auf sein Guthaben gegen-
über den Alliierten verzichte. Aus diesem Grunde habe man an
Stelle eines Moratoriums für mehrere Jahre, das durch eine interna-
tionale Anleihe ermöglicht werden sollte, nur ein Teilmo-
ratorium für die Dauer eines Jahres ins Auge gefaßt. Frank-
reich solle dafür als Kompensation 300 Millionen Goldmark er-
halten, und zwar in der Weise, daß der ihm für die Saargruben
zur Last geschriebene Betrag annulliert werden solle. Belgien
würde an Stelle der beträchtlichen Beträge, auf die es im Jahre 1922
Anspruch gehabt hätte, nur 250 Millionen erhalten, zu den ihm be-
reitenden von der ersten Milliarde zugezählten 550 Millionen. Da
Belgien aber bereits 25 Milliarden seinerseits seinen Geschädigten vor-
geschossen habe, sei seine finanzielle Lage nicht minder prekär als
die Frankreichs. Unter diesen Umständen würde es ebenso sehr
den Grundzügen einer vorläufigen Politik wie den Empfindungen
der öffentlichen Meinung in Frankreich widersprechen, Belgien
irgendwelche Opfer aufzuzwingen zu wollen, zu denen es nicht aus
freien Stücken bereit sei.

Die Durchführung der Entwaffnung.

Den VVN geht von zuständiger Stelle folgende Zusammen-
fassung der auf Grund des Ultimatums und der Entwaffnungsnoten
vom Mai 1921 von der Reichstreuhandgesellschaft zur Zerstörung
übernommenen Bestände an Waffen, Munition und Kriegsgerät
nach dem Stande vom 15. November 1921 zu:

546 Geschütze, 546 Geschützrohre, 978 Kassetten, 2 465 143 Stück
Artilleriemunition und Minen, 2 022 197 Stück Jäger-Artillerie-
munition, 3 950 661 Kilogramm Pulver und Sprengstoff, 1577 Minen-
und Granatwerfer, darunter 534 Signalwerfer, 9902 Maschinenge-
wehre, 415 512 Gewehre, Karabiner und Langgewehre, 27 242 Re-
volver und Pistolen, 246 482 bunte Waffen, 2 419 356 Gewehre,
Musk- und Handgranaten, 2 849 260 Jücker für Handgranaten,
62 735 477 Stück Handwaffenmunition, 420 842 Kartuschen aller Art,
839 063 Sprengladungen und Sprengpatronen, 18 283 Wagen aller
Art, 1357 Feldküchen.

Außerdem große Mengen an sonstigem Kriegsgerät, wie Ge-
schütz-Ersatz- und Zubehörteilen, optischen Geräten, Nachrichten-
gerät, Brückengerät und Pontons, Gasdruckgerät, Werkzeugen aller
Art, Feld- und Förderbahngerät, Geschütz- und Stallwagen, Wagen-
zubehörteilen, Textilien, Feldküchengeräten, Schiffszubehörteilen,
ferner 120 Feldbäcköfen, 214 Kraftwagen, 35 Kraftwagenanhänger,
18 Motorräder, 289 Fahrräder, 12 232 Armeemittel, 2557 Rodfässer,
2321 Eisengeschütze, 500 000 Plakpatronen.

Der Dollar steigt weiter.

Heute fand an der Berliner Börse ein offizieller Verkehr
nur in Devisen und Noten statt. Die ausländischen Zah-
lungsmittel zeigen weiter feste Tendenz. Der Dollar wurde
um 1 Uhr mit 190—191 gehandelt. An der Börse wurden
die Meldungen der „Frankfurter Zeitung“ über eine angeblich
in London zustandegekommene Einigung viel erörtert, wonach
Deutschland im Jahre 1922 nur 500 Millionen Goldmark in
vier Raten zu zahlen habe. Man hält eine derartige Ab-
machung für eine verhältnismäßig erträgliche Lösung.

Der französische „Kommunismus“

Ein charaktervoller Führer.

Vor dem Beginn des Pariser Parteitages der fran-
zösischen Kommunisten hatten wir im „Vorwärts“ vom 27. De-
zember die ganze französische KP. als eine einzige große
Farce bezeichnet, da es in Frankreich wirkliche Kommu-
nisten überhaupt nicht gebe, und erklärt, daß die Führer
dieser Partei sich zumeist in materieller Abhängigkeit
von Rostau befänden. Die „Rote Fahne“, die sich sonst nicht
genug über die „Bogrombege“ der nichtkommunistischen Ar-
beiterpresse gegen die Anhänger der Dritten Internationale
entrüsten kann, hat bis heute zu diesen immerhin nicht leichten
Vorwürfen nicht Stellung genommen, obwohl wir sie recht
eindeutig dazu aufforderten und sie aus internationaler Soli-
darität eigentlich verpflichtet wäre, ihre französischen Genossen
vor solchen Angriffen in Schutz zu nehmen. Zur Entschuldig-
ung der Redakteure des Zentralorgans der deutschen KP.
sei allerdings zugegeben, daß sie in letzter Zeit die Hände voll
zu tun hatten mit dem Versuch, ihre eigenen Führer rein-
zuwaschen.

Indessen wollen wir, trotz diesem Stillschweigen, der deut-
schen Arbeiterklasse den Genuß einer besonderen Vorstellung
einzelner prominenter Köpfe der französischen Kommunisten-
partei nicht vorenthalten und werden uns einstreifen mit der
Schilderung des Werdeganges und des Charakters ihres be-
kanntesten Führers, Marcel Cachin, begnügen:

Der jetzige politische Leiter der „Humanité“ hat sein De-
but in der Politik in seiner Heimatstadt Bordeaux als —
überzeugter Royalist gemacht. Von dieser extremen Geg-
nerschaft zur Republik kam er jedoch bald ab, um sich als
überzeugter Sozialist zu betätigen. Doch war ihm die Bour-
sische Richtung viel zu zahm und er schloß sich der radikalsten
von Guesde geführten Gruppe an, die jedes Partieren mit der
bürgerlichen Linken, und sei es nur um die Republik vor den
schlimmsten reaktionären Gefahren zu schützen, schroff ab-
lehnte und sogar den Ausschluß von Jaures und seiner
Freunde aus der Internationale auf dem Pariser interna-
tionalen Kongress im Jahre 1900 verlangte. Nach der Ein-
igung zwischen den beiden Gruppen, schwante er einige Jahre
lang zwischen den verschiedenen Tendenzen, vor allem darauf
bedacht, sobald wie möglich ein Deputiertenmandat zu er-
haschen. Dies gelang ihm aber erst im April 1914.

Bald danach bricht der Krieg aus, Jaures ist ermordet,
eine glänzende Gelegenheit, endlich die ersehnte Führerrolle
zu spielen. Da die Massen kriegsbegeistert sind, macht man
in Kriegsbegeisterung mit. Und nun kennt Cachin keine Hem-
mung mehr. Die sozialpatriotische Haltung der „Humanité“
wird oft auf das Konto Renaudels gesetzt. In Wirklichkeit ist
es Renaudel, der vom Beginn des Krieges an die patriotische
Begeisterung Cachins zu dämpfen bemüht ist. Im Frühjahr
1915 wird die Frage des Eintritts Italiens in den Krieg
akut. Die italienischen Sozialisten widersehen sich mit allen
Kräften dem Bestreben, auch das italienische Proletariat im-
perialistische Ziele wegen in das Gemetzel zu treiben. In
einer Fraktionsführung der französischen sozialistischen Deputier-
ten wird darüber beraten, wie man sich zu dieser ablehnenden
Haltung der italienischen Genossen verhalten solle. Cachin ist
für Feuer und Flamme für den Eintritt Italiens in den Krieg.
Er beantragt die Entsendung einer Delegation der Fraktion
nach Rom, um auf die Italiener in diesem Sinne einzuwirken.
Dieser Antrag wird u. a. auch von Renaudel be-
lächelt, der zwar aus nationalen Gründen den Eintritt
Italiens zugunsten des schwerbedrängten Frankreichs wünscht,
es aber für unsozialistisch erklärt, daß von außen her ein der-
artiger Druck auf eine ausländische Partei ausgeübt werde.
Schließlich siegt der Standpunkt Renaudels, aber Cachin setzt
es dennoch durch, daß ihm gestattet werde, inoffiziell nach
Italien zu fahren, um dort für den Kriegseintritt Stimmung
zu machen.

Etwa zwei Jahre später bricht die russische Revolution
aus. Große Bestürzung in Frankreich ob der Möglichkeit
eines russischen Separatfriedens. Den gilt es um jeden Preis
zu verhindern. Französische sozialistische Agitatoren werden
nach Rußland geschleust, um die neue Regierung
und das Kriegsmüde, und nur deshalb revolutionäre Kanonen-
futter aufzumuntern. Am eifrigsten betätigt sich natürlich —
Marcel Cachin. In Petersburg, in Kiew und anderwärts
hält er flammende Reden vor den Matrosen und Soldaten
und fordert sie zum Durchhalten auf. Noch nach seiner Rück-
kehr nach Frankreich über Stockholm, wo er eine Begegnung
mit deutschen Sozialdemokraten natürlich ängstlich vermeidet,
betätigt er sich unentwegt für den Krieg bis ans Ende. Aus
dieser Zeit stammt folgende Anekdote, die in französischen
politischen Kreisen kursiert und deren Richtigkeit uns verbürgt
wurde: In einer Ministerratssitzung unter Poincaré's
Vorsitz äußerten sich einzelne Kabinettsmitglieder, darunter
der Munitionsminister Albert Thomas, in nicht allzu opti-
mistischem Sinne über die Fortsetzung des Krieges. Da wandte
sich Poincaré vorwurfsvoll an Thomas mit den Worten: „Ich

verstehe Ihre Bedenken nicht. Monsieur Cachin ist viel optimistischer als Sie. Ich lese stets mit größter Freude seine zuverlässigen Aufsätze in der „Humanität“.

Doch mit den Fortschritten der Friedensströmung in Rußland änderte sich die Stimmung in der französischen Partei sehr schnell. Die für einen baldigen Frieden eintretende Minderheit drohte zur Mehrheit zu werden und verlangte die Absetzung Renaubels als Chefredakteur der „Humanität“. Cachin, der schon lange die leitende Stellung im Zentralorgan erstrebte, benutzte die Gelegenheit, um rasch und rechtzeitig umzuwechseln. Er verstand es auch, so geschickt bis zum darauffolgenden Parteitag zu manövrieren, daß er dort an der Spitze der „Minderheit“ seinen früheren „Bremser“ stürzte und an dessen Stelle gewählt wurde. Die „Humanität“ schlug daraufhin unter seiner Leitung etwas vorsichtigeren Töne an. Innerlich blieb aber Cachin dem einzigen Gefühl treu, das bei ihm ehrlich ist, nämlich seinem fanatischen Deutschenhaß. So befand er sich nach dem siegreichen Waffenstillstand mit an der Spitze der von Poincaré und Clemenceau geführten parlamentarischen Delegation, die am 20. November 1918 dem Einzug der französischen Truppen in Straßburg beiwohnte. Cachin vergoß Tränen der Rührung und erzählte jedem, der es hören wollte, dieser Tag sei der schönste seines Lebens!

Cachins Deutschenhaß bewährte sich auch in der Zeit der Pariser Friedenskonferenz und der Versailler Verhandlungen. Das Eintreten für Somers-Rußland war ihm ein willkommener Vorwand, den Bild der sozialistischen Massen von dem abzulenkten, was sich gegen das deutsche Volk vorbereitete. Außerdem war ihm die bolschewistische Propaganda ein vorzügliches Mittel, um gegen die „socialistes du Kaiser“, gegen die „verkappte deutsche Republik“ die schamloseste Lügenagitation zu betreiben. Nach Bekanntwerden der Versailler Bedingungen begnügte sich Cachin mit leichten laienhaften Protesten, begründete im übrigen seine Passivität mit der elenden Ausrede, die „Republik der Scheidemann und Noske“ verdiene gar nicht, daß man sich zu ihren Gunsten einsehe. Er konnte die Unterzeichnung durch Deutschland gar nicht erwarten. Die spätere „Protestaktion“ gegen Versailles unter Cachins Leitung bestand vor allem in Vorwürfen gegen die „ungenügende Abrüstung“ Deutschlands durch die Alliierten. Im übrigen galt die ganze Agitation der „Humanität“ Somers-Rußland und der maßlosen Beschimpfung des deutschen Volkes mit Ausnahme der äußersten Linken.

Diese früher mit nationalistischen, jetzt mit bolschewistischen Redensarten getriebene Heße Cachins gegen die deutsche Sozialdemokratie beginnt ihre wohlverdienten Früchte zu tragen. Die reaktionäre Bourgeoisie schließt sich unter einer antibolschewistischen Wahlparole zusammen, die Partei erleidet bei den Wahlen eine fürchterliche Niederlage. Um so mehr sind die Parteimitglieder radikalisiert worden. Auf dem Straßburger Parteitag im Januar 1921 wird unter Cachins Führung (1) der Austritt aus der „sozialpatriotischen Zweiten Internationale“ vollzogen. Doch wächst die Geschichte Cachin bald über den Kopf. Er wird mit Frossard nach Moskau zum zweiten Kongreß der Dritten Internationale geschickt, um über den Anschluß zu verhandeln. Dort behandeln ihn die Bolschewiki, seiner Rußland-Mission in der Kerenky-Zeit eingedenk, von oben herab. Er läßt sich wie ein Schulbube herunterkriechen und winselt um Gnade, beteuert, daß er seine früheren Irrtümer erkannt und sich gebessert habe. Er schwört bereits auf die 21 Punkte, ehe sie befragt worden sind. Moskau aber ist misstrauisch und verkündet, daß nur diejenigen zu Vertretern in der künftigen französischen Kommunistenpartei zugelassen werden, die sich noch vor dem Ende des Moskauer Kongresses auf den Boden des Kommunismus gestellt haben. Da bekommen es die beiden Gesellen, Cachin und Frossard, mit der Angst um ihre Stellung zu tun und schicken an die „Humanität“ aus Moskau ein Telegramm, wonach sie sich davon überzeugt hätten, daß der Anschluß an die Dritte notwendig sei. Es war die allerhöchste Zeit, aber die Pfünden waren gerettet.

Und nun beginnt eine Zeit der stieberhaften Kampagne für den Anschluß. Plötzlich sind auch die Unabhängigen, soweit sie mit Crispian und Dittmann die 21 Bedingungen abgelehnt haben zu „Verrätern“ geworden... In Tours wird die Spaltung vollzogen. Von diesem selben Tage an läßt Cachin in der „Humanität“ seine langjährigen Genossen, Longuet, Renaudel, Blum, Mistrail usw., als „Herr“ titulieren und als „Schieber“, „Verräter“ und dergleichen beschimpfen. Er selbst dinierte noch im vergangenen Winter in Gesellschaft eines weißgardistischen russischen Obersten und des Abg. General de Mand'hu, der kurz zuvor empfohlen hatte, bei dem geringsten Widerstand Deutschlands gegen das Versailler Diktat Frankfurt a. M. mit Bombenwürfen dem Erdboden gleichzumachen.

So sieht der anerkannte Führer der französischen „Kommunisten“ aus. Man glaube aber nicht, daß es sich dabei um eine üble Ausnahme handelt. Die meisten Leitenden dieser Partei stehen auf der gleichen moralischen Stufe. Dies zu beweisen, sind wir jederzeit bereit. Wir wollen in dessen abwarten, ob die „Rote Fahne“ auch nur eine einzige der hier erwähnten Tatsachen zu bestritten versuchen wird.

Kautsky für Einigung.

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 3. Dezember veröffentlicht Karl Kautsky einen Artikel zum Leipziger Parteitag der Unabhängigen, der in gekürzter Fassung auch in der Neujahrsnummer der „Freiheit“ abgedruckt war. Kautsky meint, niemand erwarte, daß in Leipzig ein kühner, entschlossener Schritt zur Anbahnung der organisatorischen Einigung mit der Mehrheitssozialdemokratie beschlossen werde. Für sich selbst läßt er keinen Zweifel daran, daß er eine solche Einigung wünscht.

Marg, so führt er aus, habe seine Anhänger stets nur als „Teil der Arbeiterparteien aller Länder sehen wollen“. Innerhalb großer zusammenfassender Organisationen sollten sie für ihre Auffassung kämpfen. Er sei ein Feind jeder Sektiererei gewesen, wie sie heute im Kommunismus ihre Auferstehung feiere. Der natürliche Zustand sei das Bestehen einer geschlossenen sozialdemokratischen Massenpartei, die Anhänger und Gegner der Koalitionspolitik in sich vereine. Kautsky fährt dann fort:

„So sogar in der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USP.) selbst finden wir Verfechter und Gegner der Koalitionspolitik innerhalb der gleichen Organisation. Sie unterscheiden sich in diesem Punkte von den Mehrheitssozialdemokraten, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD.) nur dadurch, daß die Gegner der Koalitionspolitik hier die Mehrheit, dort die Minderheit bilden. Das Verlangen, über die Mehrheit zu verfügen, kann aber unmöglich eine Sache des Prinzips sein. Es geht doch nicht an, zu sagen: Ich habe nichts dagegen, mit Verfechtern der Koalitionspolitik zusammenzuarbeiten, wenn sie in der Minderheit sind. Aber ich lehne grundsätzlich jede Mitarbeit mit ihnen dort ab, wo sie die Mehrheit bilden.“

Kautsky fordert also eine Zusammenfassung der Kräfte mit der Maßgabe, daß der jeweiligen Minderheit volle Freiheit in der Propaganda ihrer Auffassung gewährt werde:

„Der Kampf der beiden Richtungen soll und kann nicht aufhören. Er soll nur aufhören, ein Kampf zweier getrennter Organisationen zu sein. Er soll ein Kampf zweier Richtungen innerhalb der gleichen großen Organisation um die Gewinnung der proletarischen Masse, um die Eroberung der Mehrheit in der Organisation sein.“

Wer die Masse des kämpfenden Proletariats für sich gewinnen wolle, der müsse vor allem ihre Zusammenfassung in eine große Kampfpartei anstreben. Das sei der Geist einer wahren Klassenpartei, der, wenn er in Leipzig dominiere, den Weg zur Einigung öffnen werde. Kautsky fügt warnend hinzu:

„Vermag sich dieser Geist dort nicht Geltung zu verschaffen, dann droht der Unabhängigen Sozialdemokratie das Verfallen in unfruchtbares Sektierertum. Dann ließe sie Gefahr, von

den proletarischen Massen als Hindernis der Einigung und Kräftigung des deutschen Proletariats zu erscheinen.“

Wir können Kautsky in vielem zustimmen, nicht in allem, insbesondere nicht in dem Gedanken, daß sich die USP. nach vollzogener Einigung als eine besondere Richtung in der Partei konstituieren soll. Die Richtungskämpfe waren der Anfang der unheilvollen Parteispaltung, ihr Wiederaufleben nach vollzogener Einigung würde diese selbst als problematisch erscheinen lassen.

Selbsterständlich soll jeder Parteigenosse seine Meinung auch im Gegensatz zur Mehrheit vertreten dürfen. Meinungsverschiedenheiten wird es immer geben, sie brauchen aber nicht in Form organisierter Richtungskämpfe ausgetragen werden. Das ist nicht nur für die Einheit der Partei gefährlich, sondern auch unpraktisch und irreführend, da ja die Meinungen der einzelnen Parteigenossen in einzelnen Fragen viel häufiger wechseln, als sich Neugruppierungen der „Richtungen“ vollziehen können. Beispielsweise gibt es in der Sozialdemokratie keine Anhänger der Koalition unter allen Umständen (Beweis Vera Fehrenbach—Stegerwald), bei den Unabhängigen aber sehr wenig Gegner der Koalition unter allen Umständen (Beweis die Wiener Koalition und die Stellung der USP. zur Regierung Wirth).

Käme es heute zur Einigung, so würden einige wenige unserer Genossen in die Stellung einrücken, die heute die USP. einnimmt, ein großer Teil der Unabhängigen würde aber, von fraktioneller Bindung befreit, sich ohne weiteres mit der Politik der Sozialdemokratie einverstanden erklären. Nur wenn jeder Genosse in jeder Situation sich selber frei sein Urteil bildet, ohne auf eine Führergruppe zu blenden, die seine „Richtung“ vertritt, ist die wirkliche Einigung vollzogen.

Stufenweise abgesetzt.

Wie die „Rote Fahne“ meldet, ist Friesland (Reuter) jetzt auch aus dem Berliner Stadiparlament abberufen worden, da die Besichtigung besche, „daß er gegen seine eigene Partei sprechen könnte“. Offenbar hat Friesland seiner Abberufung Widerstand entgegengesetzt, denn es wird weiter mitgeteilt, daß die Rücktrittserklärung, die bekanntlich jeder Kommunist nach seiner Wahl bei der Zentrale deponieren muß, von dem Berlin-Brandenburgischen Zentralvorstand an den Stadtvorstand des Reichstages eingereicht und gleichzeitig Friesland hierover benachrichtigt worden ist. — Wie schon in mehreren anderen Fällen entschieden worden ist, sind Rücktrittserklärungen, die ohne Zustimmung des Rücktretenden von dritter Seite eingereicht werden, wirkungslos.

Kohbach berichtigt.

Folgendes Schreiben wurde am heutigen Vormittag auf unserer Redaktion abgegeben:

„Es ist unrichtig, daß die am 24. November 1921 aufgelöste „Arbeitsgemeinschaft Kohbach“ unter der Bezeichnung „Soldatentreubund“ weiterbesteht.“

Richtig ist, daß ein Soldatentreubund in der „Sturmabteilung Kohbach“ bestanden hat, dessen letzte Reste im April 1921 aufgelöst wurden (was den Behörden bekannt ist).

Eine Nachprüfung der weiteren Angaben Ihres Artikels ist — da die Arbeitsgemeinschaft nicht mehr besteht — von hier aus unmöglich.

Kohbach, Oberleutnant a. D.

R. Schr. Abschrift (Durchschlag) dieses Briefes ist dem Reichsministerium des Innern zugegangen.“

Dieser Berichtigung gegenüber halten wir unsere Behauptung voll aufrecht, daß die Auflösung der „Arbeitsgemeinschaft Kohbach“ nur eine Scheinauflösung gewesen ist und daß diese nach wie vor in Schlesien ihr Unwesen, namentlich die Terrorisierung linksstehender politischer Gegner, weiterbetreibt. Dieser Tatbestand ist von mehreren Mitgliedern der jetzt noch bestehenden Vereinigung in Anwesenheit zuverlässiger Zeugen, die wir dem Reichsministerium des Innern jederzeit namhaft machen können, zu Protokoll gegeben worden.

Briefkunst.

Von Alfred Heim.

Wenn ich meinen Schreibtisch durchstöbere und die mit Jahresszahlen versehenen Briefbündel betrachte, so mache ich gleich die Beobachtung, daß meine winzigen Päckchen keineswegs zu vergleichen sind mit jenen dicken (nur mit starkem Friedenstuch zusammengehaltene) Bündeln, wie sie im „Sekretair“ meiner Großmutter etwa noch stapelweise zu finden waren.

Was war aber auch in jenen Zeiten ein Brief! Welche Angelegenheit seine Lösung, welches Fest seine Ankunft! Fast wie etwas Lebendiges, das eine Seele besitzt, kommt es uns heute vor. Bei mildgoldnem Kerzenschein oder auch an einem sonnigen Fensterplatz, von dem man doch auf Gärten und gemüßlich stille Strophen hinaus schauen konnte, entstanden, bewirkt schon die gemächliche Umwelt den weit ausholenden, ins Feinste eingehenden Stil, der sich alten Briefen eigen ist. Und dann die Wochen, die so ein Brief von Köln oder Königsberg bis nach Berlin brauchte: wievielmal noch überschatteten die Gedanken des Briefschreibers den in der wackligen Postkutsche hin- und hergerumpelten Brief — und wenn er dann endlich in den Händen des Empfängers war, so trug das sorgsam zusammengefaltete und gefestigte Schreiben immer den ganzen Hauch Renauscher Postillonpoesie in sich. Der Brief aber wurde stets das Ereignis des Tages, denn was kann es, da man sich selbst unter entfernteren Freunden und Verwandten wohl oft nun einmal im Leben sah, wichtigeres geben als diesen geistigen oder auch traumhaften Besuch einer geliebten Person in weiter Ferne?

Was für ein armes Geschlecht sind wir Jungen in dieser Hinsicht geworden! Das Zeitalter des Dreiminütengesprächs, des Telegramms und Schreibmaschinenbriefs zerstört alles an dieser einstigen Briefpoesie. Man verlobt sich sogar schon per Telefon und schickt nur Glückwunschtelegramme. Und dann die Schreibmaschine! Man mußte glauben, da sie viel schneller den Brief herstellt, so sei das Zeitalter höchster Briefkultur herangebrochen. Doch der klappernde mechanisch entstehende Buchstabe, uniform dreinschauend, ohne durch das Individuelle der Schrift das Gefühl einer ganz eigenen Herzengänge heroorzugaukeln, kann nie einen anderen als einen gefühllosen oder zum mindesten gefühlserzwingenden Brief zu Papier bringen.

Bleibt es ein Anfehlen des ersten Briefschreibens wieder zu bemerken sein, wenn die schon ersundene Verbindung von Telefon und Schreibmaschine mehr Allgemeingut geworden ist. Wenn nämlich der Seelenkontakt durch den eigenen Ton der Stimme wieder hergestellt sein wird, kann es leicht sein, daß noch schönere Briefstimmungen lebendig werden, als wenn die innerliche Verbindung durch die immerhin nur stumme Schrift entsteht.

Für all die wenigen, die sich bisher noch eines wirklichen Briefes befleißigen, tritt jetzt ein letzte Nelke vernichtendes Hemmnis auf: die Portobehöpfung. Zu den ganz lebenswichtigen Dingen gehört ein Brief nicht; und wer weiß, wie weit die Zeit noch fern ist, wo sich die Menschheit nur noch diesem „ganz Lebenswichtigen“ widmen können.

Wenn es nicht so eine intime und schwer zu prüfende Sache wäre, könnte eine Statistik über den Verfall des echten, des seelenvollen Briefes, der Briefkunst, wohl auch ein Schloßstück auf die Mechanisierung unserer Zeit werfen. Geschäftsbriefe und Schieberbriefe sind ums tausendfache gestiegen. Vielleicht zeigt man aber bald in einem historischen Museum den „Echten Brief“, den irgendein völlig mit der Zeit auseinandergeratenes Großmütterchen an seinen Enkel, dem nur noch der schwankende Postkarsart das Herz schneller schlagen läßt, geschrieben hat; der Brief wird von der geschäftstüchtigen Mittwelt mit einem überlegenen, mitleidigen Bächeln betrachtet werden.

Republikanischer Lehrerdand. „In klarer Erkenntnis der Gefahren, die der Republik von innen und außen drohen, und angesichts der Notwendigkeit, durch die Schulen ein neues, mit republikanischem Geist erfülltes Bewußtsein heranzubilden“ haben sich in Freiburg i. Br. republikanische Lehrer an Volks-, Mittel- und Hochschulen zu einem Bund zusammengeschlossen und fordern zur Gründung von Ortsgruppen in ganz Deutschland auf. Wir haben folgende Sätze ihres Kurtrus heroor:

Wir sehen in der demokratischen und sozial gerichteten Republik die einzige Staatsform, die eines gebildeten und selbstbewußten Volkes würdig ist. Sie ist zugleich die einzige, die nach dem Zusammenbruch des alten Systems unserem schwerbedrückten Vaterland den inneren Frieden zu wahren vermag und das nationale Sehnen nach Vereinigung aller deutscher Stämme im großdeutschen Nationalstaat erfüllen kann.

Wir wollen die heranwachsende Jugend zu sozialem Fühlen und Handeln, zu republikanischem Verantwortungsbewußtsein und zu demokratischem Bürgerstolz erziehen, durch unser Beispiel nicht minder als durch unbedingte Wahrhaftigkeit der Darstellungen auf allen Wissensgebieten.

Wir sind entschlossen, jeder an der Schule sich zeigenden, gegen die demokratische Republik gerichteten Propaganda entgegenzutreten, komme sie von rechts oder von links.

Auch werden wir Anfeindungen und Schädigungen, die Lehrern und Schülern aus ihrem Bekenntnis zur Republik erwachsen, gemeinsam abwehren.

Parteiunabhängig steht uns fern. In unseren Reihen ist jeder ohne Rücksicht auf die Partei willkommen, der sich rückhaltlos zur demokratischen Republik bekennet.

Für das private Leben keiner Mitglieder verlangt der Bund „wahrhaft demokratisches“ für die Schüler beispielgebendes Handeln unter Achtung aller Klassen- und Standesunterschiede. — Dem Bunde gehören bereits zahlreiche Lehrer an Volks-, Mittel- und Hochschulen an. Zu seinen Gründern zählen u. a. die Freiburger Universitätsprofessoren Dr. Kantorowicz, v. Schulze-Governitz, Prof. Koenigsberger und Heiß. — Für Preußen ist außer den Ortsgruppen ein Landesverband im Werden, u. a. die Einrichtung einer Reichsversammlung geplant gegen Uebergriffe, denen Mitglieder von behördlichen oder anderen Faktoren ausgeht sind. Beitrittserklärungen sind zu richten an Studientrat Dr. Michaelis, Berlin W. 85, Raabestr. 17.

Zola und der keusche Hohenzollernprinz. Eine sehr bezeichnende Episode für die am Berliner Hof herrschende Sittlichkeitsatmosphäre entnehmen wir den Erinnerungen an Kaiser Friedrich, die die „Deutsche Revue“ aus dem Nachlaß des Kunsthistorikers Robert Dahn e. mittelt. Im Frühjahr 1866 hat der damalige Kronprinz seinen Bibliothekar Dohme, ihm die wichtigsten Werke der modernen französischen Literatur zusammenzustellen, um die Haupttendenzen seiner Kenntnisse auszufüllen. Dabei bemerkte er: „Über den Schmutz lassen Sie von vornherein sein.“

„Ein noch so summarischer Ueberblick über diese Literatur ist aber heute ohne die Bezugnahme auf Zola nicht möglich“, schreibt Dohme. „Ich sagte ihm, ein Werk von ihm müsse er lesen; freilich tat ich es mit Herzklopfen, denn ich mußte mir sagen, daß die Zola'sche Welt ihm in vieler Hinsicht ein Entsetzen erregen würde. Ich betonte deshalb alle diese Bedenken, wies darauf hin, daß keine Dame des Hofes das Buch sehen dürfe, und empfahl schließlich unter allen diesen Routinen „Poewore“ von Zola. Der Prinz meinte, er werde das Buch einschließen. Schließlich bekam ich doch Sorge, ob ich dem ideal angelegten Mann diese Zerrbilder, die sich als Naturalismus gerieren, in die Hand geben dürfe, ohne daß er eine innere Einbuße erleide. Ich fragte deshalb Seden-dorff um Rat, der abmahnte. So lagte ich dem Prinzen am anderen Tage, aus welchen Gründen ich wünschte, er lese Zola nicht. Er war groß genug, mir einfach zuzustimmen und hat das Buch nicht gelesen.“

Der Prinz, der durch die Bekümmere Zolas eine Einbuße an seiner Keuschheit befürchtete, stand damals in dem zarten Alter von 35 Jahren.

Der deutsche Luftverkehr 1921. Zwar mußten Ende Oktober 1921 die regelmäßigen Postflüge bei uns wegen des Bauverbots der Entente eingestellt werden; aber trotzdem ist Deutschland im Laufe des vergangenen Jahres nicht ganz ohne Leistungen in der Luft gewesen. Wie in „Derst und Reederei“ mitgeteilt wird, unterhielt die Deutsche Luftreederei regelmäßige Luftpostverbindungen Berlin—Dresden, Berlin—Dortmund, Hamburg—Westerland, Berlin—Swinemünde, in Betriebsgemeinschaft mit der holländischen Luftfahrtgesellschaft Hamburg—Rotterdam und mit der Danziger Luftreederei Danzig—Memel—Maa. Ferner wurden zur Zeit der Messen die Strecken Berlin—Leipzig, Berlin—Breslau und Hamburg—München festgelegt. Insgesamt wurden von der Deutschen Luftreederei im Luftpostdienst etwa 2000 Flüsse ausgeführt und 600 000 Kilometer zurückgelegt, 2000 Passagiere und 10 000 Kilogramm Post befördert. Das gesamte Material wird bei der Winterzeit sorgfältig überprüft und instandgesetzt, um bei der Wiederaufnahme des Luftverkehrs im März 1922 die Sicherheit des Betriebes zu gewährleisten.

Volkshäuser G. B. Sonnabend, den 7., abends 7½ Uhr. Hell im Kabaussaal Margarete Reichard Dichtungen von Ida Regel und Habelaine Marg. Einlaß 1,50 Kr.

Volkshäuser (Theater am Kästowplatz). Im Abänderung des Spielplans wird am 6. nicht „Kapitän Brachbunds Bekehrung“, sondern „König Lear“ gegeben.

Der Januskopf.

Unter der Überschrift „Janus mit dem doppelten Gesicht“ (Janus met het dubbele voorhoofd) schreibt die Brüsseler „Volksgazet“:

Der militärische Sieg brachte die Alliierten in die Lage, jedem der feindlichen Länder den Frieden zu diktieren. Bei diesen Friedensschüssen sind die Alliierten von dem Standpunkt ausgegangen, daß jeder derselben genau nach dem Geist und nach dem Buchstaben befolgt und durchgeführt werden solle. Betrachten wir nun zunächst den mit der Türkei abgeschlossenen Friedensvertrag, den sogenannten Vertrag von Sevres. Was hat Frankreich mit diesem Vertrage getan? Die französische Regierung hat ihn ganz einfach beiseite geschoben und auf eigene Hand, ohne jemandes Hilfe oder Mitwissen einen Sonderfrieden mit der Türkei unterzeichnet. Das Friedensdokument von Sevres aber ruht irgendwo in den Archiven des französischen Auswärtigen Amtes und hat jede Bedeutung verloren. Die französische Geheimdiplomatie hat also ein rein imperialistisches Friedensdokument der Geheimdiplomatie der Alliierten durch einen ebenso rein imperialistischen anderen Friedensakt ersetzt und so den Standpunkt der unbedingten und genauen Ausführung und Befolgung der Friedensverträge preisgegeben.

Betrachtet man nun andererseits den Deutschland auferlegten Friedensvertrag, den Vertrag von Versailles, so ersieht man aus seinen politischen, finanziellen und militärischen Folgen, vor allem aber aus dem wirtschaftlichen Zustand der Welt (Weltkrisis und Arbeitslosigkeit), daß dieser Vertrag von Versailles den Bedürfnissen und Interessen aller Völker widerspricht.

Um nur eines der Probleme zu berühren, die dieser Friedensvertrag geschaffen hat, die Frage der Kriegsschäden, so hat die Politik der Alliierten in dieser Hinsicht die Folge gehabt, daß die deutsche Markwährung zusammenbrach, und daß dadurch die Kaufkraft des Volkes vermindert und sein Leben verteuert worden ist. Das deutsche Volk, besonders die Arbeiterklasse wird in einen unhaltbaren, unerträglichen und hoffnungslosen Zustand gebracht, aus dem Verzweiflung, Unruhe, Plünderungen, Zusammenstöße und Aufruhr kommen müssen. Andererseits aber hat diese Wertverminderung der deutschen Mark noch eine andere Folge gehabt. Der Kurs des belgischen und französischen Franc, des englischen Pfund und des amerikanischen Dollar steht höher als der deutsche Mark: die in Deutschland hergestellten Güter sind billiger als die in anderen Ländern fabrizierten. Die kapitalistischen Chauvinisten in den alliierten Ländern kaufen, statt im eigenen Lande fabrizieren zu lassen, deutsche Fabrikate an, um sie mit hohem Gewinn im eigenen Lande zu verkaufen. Die Folge ist, daß die alliierten Länder durch die Krisis mitgetroffen werden und daß ihre Arbeitermassen der Arbeitslosigkeit anheimfallen, während in Deutschland keine Arbeitslosigkeit existiert, ja sogar zu wenig Arbeitskräfte aufzutreiben sind.

Dieser Zustand ist dem Friedensvertrag von Versailles und damit der Politik der Alliierten gegenüber Deutschland zu verdanken. Dieser Friedensvertrag und diese Politik lastet bei Schluß der Rechnung auf allen Völkern, den Alliierten, wie den Deutschen. Es ist leicht gesagt: Deutschland muß alles bezahlen. Wenn aber durch diese Politik des „alles Bezahlen“ alle Völker wirtschaftlich zugrunde gehen, wie sich das jetzt schon klar voraussehen läßt, dann sollte doch untersucht werden, ob dieser katastrophalen Politik weiter gefolgt werden kann und darf. Beweist nicht alles, daß der Vertrag von Versailles im Interesse aller Völker revidiert werden muß? Niemand wagt es, das zu bestreiten mit Ausnahme der regierenden Klasse in Frankreich. Paris bleibt unerschütterlich stehen auf dem Standpunkt der integralen Ausführung des Friedensvertrages. Was kümmert's die französischen Kapitalisten, daß die Arbeiter in den alliierten Ländern Hunger leiden infolge der Weltkrisis, wenn sie nur reichen Gewinn aus Deutschland holen können.

Das Werk des mitteleuropäischen Militarismus war der Weltkrieg und durch ihn der Tod. Das Werk des französischen Militarismus ist die Weltkrisis und durch die Krise der Hunger.

Die französischen Machthaber gleichen dem alten Janus mit seinem doppelten Angesicht: der Friedensvertrag von Sevres mußte beiseite geschafft werden, weil die Machtinteressen dieser Machthaber es so wollen; der Friedensvertrag von Versailles muß in seinem Wortlaut und in seiner Auslegung durchgeführt werden, weil die gleichen Machtinteressen derselben Machthaber es wiederum so verlangen.

Republikanisches Strafrecht.

Zu der bereits veröffentlichten Fassung des „Gesetzentwurfs zur Anpassung des Strafgesetzbuches an das Verfassungsrecht“ hören die BRN, daß dieser Gesetzentwurf aus dem Reichsjustizministerium stammt und nicht, wie es vielfach in der Presse geschieht, verwechselt werden darf mit dem im Reichsministerium des Innern bearbeiteten Gesetzentwurf zum Schutze der Republik, dessen Veröffentlichung ebenfalls in einiger Zeit zu erwarten steht.

Wichtig ist die in der Kritik der Rechtspreß vielfach aufgetauchte Behauptung, als ob es sich bei dem soeben veröffentlichten Gesetzentwurf des Reichsjustizministeriums um eine Neuaufgabe des Majestätsbeleidigungsparagrafen handelte. Gerade die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages war es, die darauf gedrungen hat, daß in der Republik keine Parallele zur Majestätsbeleidigung geschaffen wird. Tatsächlich bestraft der neue Gesetzentwurf auch nicht Beleidigungen, sondern Aufforderung oder Anreizung zu Gewalttätigkeiten gegen das Staatsoberhaupt oder Mitglieder von Regierungen.

„Der wissenschaftliche Rettungsweg.“ Unter diesem Titel hat Gen. Barous seine durch zwei Vorträge unseren Lesern bekannten Forderungen zum Wiederaufbau Europas in einer Broschüre (Verlag für Sozialwissenschaft) zusammengefaßt und ausführlich begründet. Zu einigen Einzelheiten der Vorschläge Barous haben wir seinerzeit Stellung genommen. Sie gipfeln, wie erinnert, in einer Währungsreform, in der Gründung eines deutschen Konzerns zur Kreditbeschaffung, einer Steuerreform und in der Wiederherstellung unserer Beziehungen zu Rußland.

Morvillius.

Die Affäre des Direktors der Reichstreuhandgesellschaft Morvillius beschäftigt alle in Frage kommenden Behörden, bei denen er eine amtliche Tätigkeit ausgeübt hat. Im Reichsfinanzministerium, wo er im Jahre 1917 beschäftigt war, sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. Wenn nun von außenstehenden Personen dem Reichsfinanzministerium Mitteilungen zugegangen sind, daß Morvillius seine Gattin, die er am 14. Februar 1920 ehelichte, an ihm bekannte wohlhabende Persönlichkeiten vertupelt hat, so hätten diese Briefe schließlich Ministerialdirektor Kaub als den direkten Vorgesetzten Morvillius' vorgelegt werden müssen. Merkwürdigerweise hat das Reichsfinanzministerium über diese ungeheuerlichen Beschuldigungen in den Personalakten seines Referenten keinen Vermerk gemacht, denn nach einer Auskunft der Reichstreuhandgesellschaft enthalten die Personalakten keine derartigen Eintragungen. Die Reichstreuhandgesellschaft hätte, wenn nach dieser Richtung überhaupt etwas bekannt gewesen wäre, gegen die Einstellung eines so über beleumundeten Mannes Einspruch erhoben. Interessant ist übrigens auch die Schnelligkeit, mit der Morvillius sich bei den einzelnen Behörden einzuführen und Geltung zu verschaffen wußte. Von der J.C.W. wurde Morvillius an eine leitende Persönlichkeit des Reichsverwertungsamtes empfohlen, trat ein und erhielt sofort die Organisation der Buchhaltung für Berlin und 52 Unterorganisationen im Reich übertragen. Er hatte sämtliche Verträge von Heeresgut zu registrieren und die Kaufsummen einzutreiben. Auf Grund der günstigen Empfehlungen, die Morvillius von dieser Behörde erhielt, übernahm ihn das Reichsfinanzministerium unbedingt und überwies ihm dann später der Reichstreuhandgesellschaft, die Morvillius als einen tüchtigen Kaufmann und glänzenden Organisationsführer schildert.

Die Lage der Berliner Straßenbahn. Folgen der plötzlichen Geldwertung.

Die erste Sitzung der neuen Verkehrsdeputation fand gestern statt. Es wurde die Wahl der aus drei Mitgliedern der Verkehrsdeputation gebildeten Verwaltungsräte für Straßenbahnen und Schnellbahnen, für den Fuhrpark und die Straßenreinigung und für die Häfen durchgeführt, wobei beschlossen wurde, diesen Verwaltungsräten zwecks Entlastung der Verkehrsdeputation etwas mehr Freiheit in ihren Entschlüssen zu geben.

Stadtbaurat Adler

berichtete darauf eingehend über die Lage der Berliner Straßenbahn und der übrigen Verkehrsunternehmungen, sowie über die Bestrebungen einer engen Verkehrsgemeinschaft zwischen den verschiedenen Unternehmungen. Dr. Adler schilderte — wie das Nachrichtenamt des Magistrats mitteilt — an Hand eingehender Unterlagen, wie die wirtschaftliche Lage der Straßenbahn sich im Laufe des vergangenen Jahres ständig gebessert hatte, so daß es möglich war, unter Beibehaltung des 1-Mark-Tarifes ab 1. September erhöhte Löhne zu zahlen und doch bis Ende Oktober einen Reingewinn von über 18 Millionen Mark zu erzielen. Dann trat die unerwartete Entwertung des Geldes ein, wodurch eine Materialpreissteigerung von durchschnittlich 100 Proz. und eine Strompreissteigerung von 100 Proz. eintrat. Bezüglich der Löhne führte Dr. Adler aus, daß der Schichtausgleich wesentlich höhere Zusatzleistungen gemacht hätte wie der Magistrat und daß dann die Stadtvorordnetenversammlung noch darüber hinaus eine Wirtschaftsbeihilfe gewährte, die die Straßenbahn mit 4 1/2 Millionen Mark mehr belastete. Dieser Vorgang führte dann unmittelbar zum Hochbahnerstreik, da die Hochbahnverwaltung nicht mitmachen wollte. Die Mehrerinnahmen durch den 2-Mark-Tarif bei der Straßenbahn reichen noch nicht aus, um die Mehrausgaben von etwa 70 Millionen Mark an Löhnen zu decken. Der Verkehrsdezernent schilderte weiter die Lage der übrigen Verkehrsunternehmungen, die auch gemeinsam mit der Straßenbahn ihre Fahrpreise erhöhen werden. Er ging auf die Auseinandersetzung mit der U.C.S.-Schnellbahn A.-G. ein bezüglich Fortsetzung des Baues der Bahn, ferner auf die Verhandlungen mit der Hochbahn-Gesellschaft bezüglich Übernahme des Betriebes der Nord-Süd-Bahn.

Bei selten einer bürgerlichen Korrespondenz wird über die Sitzung der Verkehrsdeputation erödnend mitgeteilt: Die vom Verkehrsamt vorgelegte Uebersicht über die Betriebsergebnisse der Straßenbahn wurde von verschiedenen Seiten bemängelt. Da von dem Reingewinn 10,5 Millionen auf Erneuerungsvorläufe und 7,5 Millionen als Abschlag auf die Ende des Rechnungsjahres zu zahlende Rummereisabgabe noch zu zahlen sind, wurde hervorgehoben, daß es sich hierbei um keinen eigentlichen Reingewinn im kaufmännischen Sinne, sondern um einen Betriebsergebnisüberschuss handele. Es sei andererseits auf die Dauer ganz unmöglich, die Erneuerungs- und Ueberholungskosten aus den laufenden Einnahmen zu decken. Es solle sich immer mehr die Notwendigkeit heraus, dem Straßenbahnunternehmen eine andere Betriebsform, etwa die einer städtischen Aktiengesellschaft zu geben, um ihm neues Kapital zuzuführen. Hierfür lag ein Vorschlag der Direktion vor; auch der Magistrat hat sich schon, wie Stadtbaurat Dr. Adler mitteilte, mit dieser Frage beschäftigt, ohne zu einem Beschluß gekommen zu sein. Von sozialistischer Seite wurde gegen diese Vorschläge Stellung genommen und weiter erklärt, daß man nicht gewillt sei, bei den schwelenden Verhandlungen über den städtischen Anteiltarif die bisherigen Sonderprivilegien der Straßenbahner irgendwie aufzugeben.

Zur Messerstecherei am Kurfürstendamm.

Die weiteren polizeilichen Ermittlungen erwecken den Anschein, als habe man es in der Person des Bech mit einem zeitweilig an Verfolgungswahn leidenden Menschen zu tun. Bech gab bei seiner Vernehmung unter anderem an, daß er an dem betreffenden Tage gegen 3 1/2 Uhr nachmittags mit einer Straßenbahn der Linie R oder P von Spandau abgefahren und am Bahnhof Zoo ausgestiegen sei. Während der Fahrt habe er das Gefühl gehabt, daß er verfolgt werde und darauf löse in der Tasche zusammengeknülltes Papiergeld im Betrage von 3000 M. in Straßenbahnwagen weggeworfen. Der betreffende Schöffe, der den Vorfall — falls er überhaupt auf Wahrheit beruht — bemerkt haben möchte, wird abeten, sich persönlich oder telephonisch beim Kriminalkommissar Dr. Goetsch im Polizeiamt Tiergarten zu melden, ebenso Bewohner des Edenhotels, Besucher des Rarmorsaales und Passanten in der Nähe der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, die den Mann gesehen oder an ihm ein auffälliges Benehmen bemerkt haben. Diesbezügliche telephonische Meldungen werden vormittags unter Amt Notbit 1414, nachmittags unter Amt Oberbisdneweide 1009 entgegengenommen.

Die A.G. macht Fortschritte.

Die Kleidervertriebsgesellschaft m. b. H. (A.G.), Kommandantenstraße 80 81, deren Anteile sich in städtischem Besitz befinden, hat unter der neuen Leitung einen sichtbaren Aufschwung genommen und die Umsätze sind namentlich in letzter Zeit ganz bedeutend gestiegen. Geldgeber der A.G. ist der Magistrat. A.G. m. b. H. wird sie von zwei Geschäftsführern geleitet. Der Aufsichtsrat besteht aus 5 Mitgliedern (Stadtvorordneten und Magistratsmitgliedern) unter Vorsitz eines Stadtrats. Vor wenigen Tagen wurde die neue Filiale Bismarckdamm eröffnet, die in der Turnhalle der Schule Bismarckstraße untergebracht ist. Im ganzen besitzt die A.G. innerhalb Berlins

sechs Verkaufsstellen. Es bietet sich somit der minder bemittelten Bevölkerung eine günstige Gelegenheit zu wohlfeilem Einkauf. Der lebhafteste stetig steigende Zuspruch beweist die Beliebtheit dieser Einrichtung.

Erwerbslose mit möblierten Wohnungen.

Bei der Bewilligung der Erwerbslosenunterstützung spielt der Umstand eine große Rolle, ob der Erwerbslose einen eigenen Hausstand hat. Die der Reichsarbeitsminister hierzu erklärt, ist der Besitz einer eigenen Wohnungseinrichtung nicht unbedingt erforderlich für die Führung eines eigenen Hausstandes. Bei der gegenwärtigen Wohnungsnot und den hohen Anschaffungskosten für Möbel sind heutzutage viele Familien gezwungen, möblierte Wohnungen zu mieten. Wenn die Familie in der möblierten Wohnung selbständig wirtschaftet, so besteht kein Anlaß, sie hinsichtlich der Unterstützungsberechtigung anders zu behandeln als Personen, die eigene Möbel besitzen oder solche, die Möbel auf Abzahlung genommen haben.

Kartoffelrichtpreise.

Die vom Ernährungsinstitut für die Provinz Brandenburg eingesetzte Kommission, bestehend aus Landwirten, Händlern und Verbrauchern, hat als Erzeugerpreis für Kartoffeln 55 Mark für den Hektar festgesetzt. Die gleichartig zusammengesetzten Kommissionen für die anderen Provinzen haben zum Teil schon etwas früher derartige Richtpreise festgesetzt. Leider kommt diese Preisfestsetzung jetzt schon zu spät und es war nicht mehr möglich, den Preis niedriger zu halten, nachdem die Börsennotierungen immer mehr in die Höhe gegangen sind. Für Berlin betrug der letzte Preis schon etwa 65 Mk. Diese Börsennotierungen müssen nun natürlich in Zukunft unterbleiben, denn die von den Kommissionen festgesetzten Preise sind Richtpreise im Sinne der Preisstreikverordnung. Auch muß der Ansicht, daß es sich hier nur um sogenannte Angemessenheitspreise handelt, die beliebig überschritten werden könnten, durchaus entgegengetreten werden. Ein Unterschied zwischen sogenannten Angemessenheits- und Richtpreisen ist nicht haltbar.

Briefkontrolle im besetzten Gebiet.

Die Interalliierte Rheinland-Kommission in Coblenz hat sich im Artikel 11 ihrer auf Grund des Abkommens über die militärische Besetzung der Rheinlande erlassenen Verordnung Nr. 3 vom 10. Januar 1920 das Recht zugesprochen, jederzeit die Aushängung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden fordern zu können. Die Interalliierte Kommission kann ferner die Ueberwachung des Postverkehrs jederzeit und an jedem beliebigen Orte des besetzten rheinischen Gebiets ohne weiteres ausüben lassen. Sie verfährt auch dementsprechend und richtet auf bestimmte oder auf unbestimmte Zeit bald in diesem, bald in jenem Orte des besetzten Gebiets Postüberwachungsstellen ein. Da die Anordnungen über Ort und Zeit derartiger Postüberwachungen gänzlich von dem jeweiligen Belieben der obersten Besatzungsbehörde abhängen, lassen sich nähere Angaben darüber nicht machen. Es ist aber dringend erwünscht, daß die Absender von Briefen usw. nach Orten in den besetzten rheinischen Gebieten sich dieser Sachlage immer bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und insbesondere auch den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

Die Drahtleitungen noch nicht behoben. Der Stand der Störungen in den von Berlin ausgehenden Fernsprech- und Telegraphenleitungen ist auch heute noch nahezu unverändert.

Ohne Fahrchein — 3 M. Strafe. Die Berliner Straßenbahn hat den Strafbeitrag, den ein Fahrgast verweigert hat, der trotz der Umfrage des Schaffners nach abgeführten Personen ohne Fahrchein betroffen wird, vom 1. Januar 1922 ab von 3 M. auf 5 M. erhöht.

100 Mark Porto befanden sich auf einem eingeschriebenen Brief, den einer unserer Leser aus Polen erhielt. Er bemerkt zu dieser Mitteilung, daß er sie nicht etwa mache, um Herrn Giesberts Gesundheitszustand zu verschlechtern und ihn vor Reid blaß werden zu lassen.

Ausverkauf der Berliner Hausgrundstücke. Wie der Direktor des Schöneberger Statistischen Amtes, Dr. Kuczynski, im Vierteljahrsheft „Deutsche Städte“ berichtet, sind in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 31. März 1921 in Berlin-Schöneberg 535 Hausgrundstücke verkauft worden, von denen nicht weniger als 172 an Ausländer, und zwar 134 an natürliche Personen und 38 an Gesellschaften m. b. H. übergegangen sind. In München liegen die Verhältnisse noch schlimmer. Nach einer Mitteilung des bayerischen Hausbesitzerführers Humar in der Sozialisierungskommission sind von den sämtlichen ca. 15 000 Münchener Häusern in den letzten Jahren annähernd 2000 an Ausländer verkauft worden.

Steuerpflicht von selbst hergestelltem Wein und Schaumwein. In einer Mitteilung des Hauptzollamts für Verbrauchssteuern Berlin-Süd wird darauf hingewiesen, daß der zum Verbrauch im eigenen Haushalt selbst hergestellte Wein der Weinsteuer unterliegt, wenn er in verschlossenen Flaschen dem Verbrauche zugeführt wird, und daß Schaumwein stets zu versteuern ist, sobald er auf die Flaschen abgefüllt und diese verortet sind.

Die städtische Sierkassette hat in der diesjährigen Generalversammlung neben anderen Satzungsänderungen auch eine Erhöhung des jährlichen Beitrages auf 36 M. beschlossen; der Magistrat hat hierzu in der Sitzung am 10. August 1921 seine Genehmigung erteilt. Da der Betrag im voraus fällig ist, müssen 36 M. bereits im Januar 1922 gezahlt werden.

Unstimmigkeiten bei der Potsdamer Volksbühne. Schwere öffentliche Anklagen werden gegen den Vorstand der Potsdamer Volksbühne erhoben. Hauptächlich richten sich die Angriffe gegen die Verschwendung von Mitgliedsgeldern. Maskenbälle sind von den Geldern veranstaltet und kostspielige Geschäftsräume für den Vorstand gemietet worden. Der Kassierwart hat es für seine Pflicht gehalten, mit der Begründung sein Amt niederzulegen, daß er zu einer derartigen Mißwirtschaft nicht mehr seinen Namen hergeben könne.

Zugzusammenstoß bei Siegen. Gestern gegen 3 Uhr 20 Minuten nachmittags fuhr auf Bahnhof Altenhundem der von Nechebe kommende Personenzug 1266 bei der Einfahrt in Gleis I mit einer im gleichen Gleise in entgegengesetzter Richtung fahrenden Rangierlokomotive zusammen. 9 Reisende wurden leicht verletzt, die sämtlich ihre Reise fortsetzen konnten. Der Sachschaden ist ziemlich erheblich. Der Betrieb wurde nicht gestört.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Ein wenig kälter, teilweise aufklarend, aber noch überwiegend bewölkt, mit geringen Niederschlägen und frischen, nordwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Donnerstag, den 5. Januar:

- 18. Mitteilung. 7 Uhr Funktionärssitzung mit Betriebs- und Stammetreuen in der Schule Schönhauser Allee 106a.
- 19. Ull. Charlottenburg. Die Einräucherung unserer verordneten Genossen Berlin und Umland findet im Recreation-Gesellschaftsraum und zwar von Berlin Donnerstag, den 5. Jan., 12 Uhr, von Umland Freitag, den 6. Jan., 2 Uhr. Treffpunkt der Genossen und Genossen Recreation. Um pünktliche Beteiligung wird gebeten.

Gewerkschaftsbewegung

Die Bewegung in der Metallindustrie.

In der gestrigen Versammlung der Funktionäre der Berliner Metallindustrie, über die wir im Morgenblatt bereits kurz berichteten, gab Ulrich den Bericht von den Verhandlungen über die für Januar beantragten Lohnerhöhungen. In der Sitzung am 29. Dezember teilte Oppenheimer mit, daß die Hauptversammlung des Unternehmerverbandes es abgelehnt habe, für den Januar eine Lohnerhöhung zuzugestehen. Herr Kühnemann erklärte, die Arbeitgeber hätten sich mit der Frage beschäftigt, ob sie nicht einen Lohnabbau vornehmen sollten. Nach Oppenheimer ist diese Frage „nur nebenbei behandelt“ worden. Man denke noch nicht daran. Die Unternehmer seien bereit, die Lohnsätze für den Dezember auch für den Januar gelten zu lassen, mit der Maßgabe, daß das Lohnabkommen als zum 1. Februar gefündigt gelten solle. Ein anderes Resultat kam bei der weiteren Aussprache nicht heraus. Ulrich schlägt vor, dies negative Unternehmerangebot abzulehnen und das Reichsarbeitsministerium anzurufen.

In der lebhaften Aussprache legte Fromke die schlechte Lage der Transportarbeiter in der Metallindustrie dar, um nachzuweisen, wie notwendig eine Lohnerhöhung sei. Verschiedene Redner sprachen dafür, daß die Kinderbezahlung der ungelerten Arbeiter aufgehoben müsse.

Gegen zwei Stimmen wurde beschlossen, den Vorschlag der Unternehmer abzulehnen und das Reichsarbeitsministerium zwecks Bildung eines Schiedsgerichts anzurufen, das die strittigen Fragen erledigen soll. Ferner wurde eine Verhandlungskommission gewählt, die aus sich heraus Beiziger zum Schiedsgericht zu wählen hat.

Bevollmächtigter Ziska vom Metallarbeiterverband teilte dann mit: Das Metallkartell hat nur die Eingruppierung des Tarifs mit dem BVMZ gefündigt. Der Beschluß der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes (Ortsverwaltung Berlin), das ganze

Rahmenabkommen zu kündigen, war nicht durchführbar, weil darüber — wie auch Einsprüche aus den Betrieben betonten — nur die Funktionäre aus dem BVMZ. angeschlossenen Betrieben entscheiden können. Diese können zum nächsten Kündigungstermin darüber entscheiden. Nach lebhafter Aussprache darüber beschloß die Versammlung gegen einzelne Stimmen: Ueber Kündigung des Tarifs mit dem BVMZ. können nur die Funktionäre beschließen.

Zur Angestelltenversicherungswahl.

Funktionäre und Betriebsvertrauensleute des Zentralverbandes der Angestellten! Sofort Propagandamaterial zur Angestelltenversicherungswahl abholen! Ausgabe erfolgt täglich im Ortsbureau: Belle-Alliance-Str. 7/10 und Zweigbureau: Kommandantenstr. 63/64. Ferner ist in den Sophien-Sälen Sophienstr. 17/18 (weißer Saal) ab 6 Uhr abends eine Ausgabestelle für Wahlmaterial eingerichtet.

Zentralverband der Angestellten,
Ortsgruppe Groß-Berlin.

die in den Betrieben beschäftigt sind, die dem BVMZ. angeschlossen sind und Organisationen angehören, die zum Metallkartell gehören.“ Dann erteilte die Versammlung noch ihre Zustimmung dazu, daß das Metallkartell nur die Eingruppierung des Tarifvertrages und nicht das ganze Rahmenabkommen gefündigt hat.

Polonisierung der Gewerkschaften Oberschlesiens.

Warschau, 3. Januar. (Antel.) Die Zentralkommission der polnischen Gewerkschaften hat sich mit einem Schreiben an das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam gewandt, in dem die Angliederung der Deutschen Gewerkschaften Polnisch-Oberschlesiens an die polnische Gewerkschaftszentrale gefordert wird. Die Angliederung der 50 000 gewerkschaftlich organisierten

deutschen Arbeiter sei notwendig, damit in Polnisch-Oberschlesien eine starke und einheitliche sozialistische Gewerkschaftsorganisation dem polnisch-nationalen Gewerkschaftsverband ein entsprechendes Gegengewicht entgegenstellen könne. — Die polnische Gewerkschaftsorganisation beschwert sich ferner darüber, daß in Teschen-Schlesien und in Posen seitens der deutschen Gewerkschaften eine Austrittspropaganda unter den an die polnische Gewerkschaftszentrale angeschlossenen deutschen Gewerkschaften betrieben würde, um diese unter den Einfluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu bringen.

Uns scheint der Weg nach Berlin näher als der nach Amsterdam.

SPD.-Buchbinder-Versammlung sämtlicher Vertrauenspersonen, Betriebsräte und Delegierten zur Generalversammlung am Donnerstag abend 8 Uhr im Graphischen Vereinshaus bei Henning, Alexanderstr. 10. Tagesordnung: Stellungnahme zur Generalversammlung. Die Neuwahlen der Branchenleitungen, der Ortsverwaltung und der Angestellten. Mit Rücksicht auf die äußerst wichtige Tagesordnung bitten wir um pünktliches Erscheinen.

Der Aktionsauschuß.

SPD.-Koch-Kongress Die Aktionsauschüßung findet nicht heute, sondern morgen in derselben Lokalität statt.

Fund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsgruppe Charlottenburg I. Mitgliederversammlung Donnerstag 8 Uhr, Augustus-Raino, Kaiserin-Augusta-Allee 33. Deutscher Buchbinder-Verband, Berlin XI. Freitag 7 Uhr Generalversammlung im Vereinslokal, Frankfurter Allee 31A.

Aus aller Welt.

Die Meldungen über eine Wiederverheiratung Wilhelms werden durch seinen Generalbevollmächtigten Geheimrat v. Berg demontiert.

Prezium, für den Verkauf. Teil: Franz Mühs. Berlin-Richterstraße; für den Verkauf: Th. Giese, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Freigewerkschaftliches Zigarettenkartell.

Sämtliche Funktionäre und Betriebsräte ersuchen Sie
Donnerstag, den 5. Januar 1922, abends 7 Uhr
Kaiser-Wilhelm-Str. 21, Gesellschaftslokal.

Tagesordnung:
Die Antwort der Unternehmer auf unsere Forderungen.

Zahlreiche Schreiben unbedingt notwendig. Der Kartellvorstand und Beirat trifft sich bereits am 4 1/2 Uhr im selben Lokal zu einer Besprechung.

Der Kartellvorstand.
Deutscher Bauarbeiter-Verband
Bezirksverein Berlin.

Wichtig! Baudelegierte, Sitzung!

Am Donnerstag, den 5. Januar 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftslokal, Unter den Eichen 11, eine Sitzung statt.

Baudelegierten-Versammlung
aller in Arbeit stehenden Gruppen und Branchen
am 5. Januar 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Gewerkschaftslokal, Unter den Eichen 11.
Die Baudelegierten-Versammlung.

Der deutsche Weinbrand

EGON BRAUN AUSLESE

Weinbrennereien Hamburg

Toilette- u. Waschseifen
Kopp & Joseph, Berlin W 59, Potsdamer Str. 122

Inserate
im Vorwärts
sichern Erfolg!

Zähne
Hompel, Dentist, Lindenstr. 220

Metallbetten
Stahlmatt, Röhrenbett,
Lattenbett, etc.

Möbel
Medialen Preisen
breit a. v. a. l. e.
Stuhlauswahl.
Schloß, 1698-1670
Beilich, 1710-1670
Berens, 1705-1760
Böhms, 1675-1690
Röhms, 1445-1580
Dietz, 1610-1680
Kohlent, 1610-1680
Möbelh. Rejewski
Berl., Wabstr. 20

Unser Inventur-

Ausverkauf

4.-18. Januar

Unerhört billig!!

Halbschuhe

Schnür-, Spangenschuh- od. Bindschuh, Chromleder, hübsche Form, hoher Absatz (100) Paar . . . **85-**

Bess. Sorte 115.- 145.- 150.-

Orig. Goodyear-Wellgan. kurze Form mit Lackkappe, s. gu. Fabrik . . . **198-**

Echt Chevreaux zum Schnüren, ganz kurze Form . . . **148-**

Lack-, Schnür- und Spangenschuhe 98.- 103.- 198.-

Fein, leicht, Schnürschuh Lackkappe u. Louis XV.-Absatz . . . **148-**

Echt Boxkall sehr feine Form mit Lackkappe . . . **198-**

Braune u. graue Schnür- oder Spangenschuhe hoher Absatz, schöne Form . . . **98-**

Braun echt Chevreaux Schnür- oder Spangenschuhe . . . **178-**

Samt od. Seiden-Spangenschuhe **89-**

Wildleder schwarz, braun u. grau, z. T. mit Louis XV.-Abs. 98.- 198.-

Herren-Stiefel

Schöner Straßestiefel mit Led. m. S. ornaten, Derbysh. u. breite Form **158-**

Echt Boxrind Derbysch., echte Lackkappe, schöne br. Fo. m. **198-**

Braun Boxrind sehr schöne Stiefel, 258.- **198-**

Orig. Goodjaer-Well Echt braun Boxkall 365.- 398.-

Orig. Goodjaer-Well Echt Chevreaux, mod. breite Form, 298.- **268-**

Knabenstiefel **148-**

Feine Luxusachen mit Stoffeinsatz, in Lack u. Leder, in großer Auswahl

Hier nur einige Beispiele:



Die neuesten Modeschlager in großer Auswahl, billig!

Ein Posten Damen-Halbschuhe

in Lack, sowie braunem u. schwarzem Leder, z. Teil fehlerhaft oder ungleich, 39.-, 48.-, 78.-, 98.-, 68-

Darunter Herren- u. Damenstiefel 69.-, 98-

Turnschuhe

vorschrittmäßig, m. Chromspatleder, 27-30 14,50, 31-34 18,50, 23-26 **12⁵⁰**

Kinderstiefel

kräftiges Militärleder 27-30 49.-, 31-33 39.-, 25-26 **39-**

Braun Sportleder, besonders haltbar und hübsch, 27-28 **85-**

kleine Kinderstiefel aus Leder mit Ledersohlen, 18-20 **25-**

Kamelhaarsstoff-Mauschuhe für Damen

mit Filz- und Ledersohlen **39-**

Schwarze Filzschalen-Stiefel mit Ledersohlen u. Lederriemgürtel, für Damen **89⁵⁰**

Damenstiefel

Kräftiges Boxleder **98-**

Chromleder und mit Chev., Derbyschnitt, moderne Form . . . **148-**

Hochschalstiefel Chromleder, moderne, kurze Form . . . **169-**

Echt Chevreaux Hochschalstiefel mit Lackkappe, sehr gut. Fabrik. **198-**

orig. Goodyear-Well nur gute Ledersorten, gutes Fabrikat . . . **298-**

Fein, Hochschalstiefel, besond. hoher Schall, echt Boxkall **385-**

Lackstiefel Hochschalstiefel mit Lackbatt . . . **198-**

Für ältere Damen mit hohem Absatz, mit u. ohne Lackkappe. Stiefel 198, Halbschuhe **168-**

Präzisionsstiefel 35-39, sehr hübsche Formen, halbhohler Absatz und Lackkappe . . . **198-**

Grossdetail-Schuh-Lokal **Behrndt** Münzstr. 25
Untergrundbahn, Alexanderplatz
Zweiggeschäft: Frankfurter Allee 54